

**PRESSEMITTEILUNG**  
**ULI SCKERL MdL**  
**12.10.2014**

## **Grüne: Stadt- und Landkreise sollen mit Krankenkassen Vereinbarung über eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge schließen**

***Grüne mahnen mehr Menschlichkeit in der Flüchtlingsdebatte an. „Wir wollen eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden – die die Kreise zudem finanziell und von Bürokratie entlastet“***

Die grüne Landtagsfraktion fordert die Stadt- und Landkreise auf, mit den gesetzlichen Krankenkassen eine Rahmenvereinbarung zur besseren und erleichterten Behandlung von Flüchtlingen zu schließen. „Die Landräte sollten sich nicht darauf beschränken, einfach mehr Geld zu fordern. Sie können auch selbst tätig werden, um unnötige Verwaltungskosten einzusparen und das Leben von Flüchtlingen zu verbessern“, erklärt Manfred Lucha, Sozial-Experte der Fraktion.

Nach dem Vorbild Bremens können die Kassen Flüchtlingen elektronische Gesundheitskarten ausstellen, mit denen diese selbstständig ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Bisher müssen sie zuvor auf die Landratsämter und sich einen Behandlungsschein ausstellen lassen. Schnelle Akut-Behandlungen sind so nur eingeschränkt möglich, Krankheiten breiten sich in den Unterkünften in der Folge rascher aus, Krankheitsbilder werden mit höherer Wahrscheinlichkeit chronisch und damit teurer. Außerdem entlaste eine Gesundheitskarte die Verwaltungen und spare administrative Kosten.

In Bremen läuft das Modell seit Jahren erfolgreich. „Mit einer Gesundheitskarte können die Landkreise ihre Verwaltung entlasten – was sie ja immer fordern – und das Leben der Menschen entscheidend verbessern“, erklärt Lucha. „In der bisherigen Diskussion drohen die schweren Schicksale der Flüchtlinge hinter bürokratischen Schlagworten zu verschwinden. Der Anspruch von Politik sollte sein, traumatisierten Menschen bestmöglichen Schutz und Versorgung zu bieten – wir appellieren an die Landräte, das nicht aus den Augen zu verlieren“, so Lucha. Die elektronische Gesundheitskarte wäre ein erster Schritt. Die gesetzlichen Kassen, insbesondere die AOK Baden-Württemberg, habe sich gegenüber diesem Modell zudem bereits gesprächs- und lösungsbereit gezeigt.